

Nachhaltig sparen durch effiziente Strukturen Schwerpunkte bei Zukunftsinvestitionen setzen

Seitdem der städtische Haushalt in Turbulenzen geraten ist, muss München über mehr Effizienz und nachhaltigere Investitionen nachdenken.

Dazu gehört zum einen eine klare Schwerpunktsetzung bei den großen Infrastrukturprojekten. Die wirklich notwendigen Schlüsselprojekte für die Zukunft der Stadt werden nur finanzierbar sein, wenn überflüssige oder anachronistische Pläne aufgegeben werden. Gerade die Schulbauoffensive bietet die Chance, neue Wege einzuschlagen.

Gleichzeitig schlummert in den Verwaltungsstrukturen der Stadt noch ein großes Effizienzpotential. In den „fetten Jahren“ haben sich zum Teil Strukturen herausgebildet, die Existenzberechtigung nicht auf einen möglichst sparsamen und nachhaltigen Einsatz von Steuergeldern zurückführen können, sondern nur auf administrative Besitzansprüche und Veränderungsresistenz.

Bei einem Pressegespräch präsentierten Florian Roth und Katrin Habenschaden die Konzepte der grün-rosa Fraktion für eine Effizienzoffensive in der Verwaltung und für eine nachhaltige Investitionspolitik.

A) Strukturell sparen und effizienter werden bei den laufenden Ausgaben

1. POR sukzessive abschaffen

Die städtische Personalgewinnung leidet unter ineffizienten Doppelstrukturen in den Personalabteilungen der Geschäftsleitungen der Referate einerseits und im Personal- und Organisationsreferat (POR) andererseits. Wir wollen daher die Personalverantwortung dezentralisieren und das POR sukzessive abschaffen. Momentan beträgt der Etat des POR, in dem 600 Personen beschäftigt sind, 68 Mio. €. In den Personalstellen der Geschäftsleitungen der Referate arbeiten mindestens weitere 70 Personen. Außerdem ist dort eine Reihe von Vorgesetzten mit Vorgängen im Personalbereich befasst.

2. IT-Bereich effizienter und kostengünstiger organisieren

Ein weiteres Beispiel für Ineffizienz ist die städtische IT-Organisation (Kosten 2013: 241 Mio €) die gegenwärtig in drei sog. Häusern aufgesplittert ist (dezentrale IT-Schaffende in Referaten, IT-Strategieabteilung im Direktorium und IT-Dienstleister Eigenbetrieb it@m). Wir schlagen stattdessen vor, eine zentrale Steuerungsverantwortung bei der IT-Leitung der Stadt zu schaffen - einen sog. CIO.

Die Stadt muss außerdem nicht alles selber machen, d.h. wenn es deutlich kostengünstiger ist und es keine Sicherheits- oder Qualitätsbedenken gibt, sollen Referate IT-Leistungen häufiger am Markt einkaufen dürfen (statt nur auf it@m zurückzugreifen). Schließlich wollen wir prüfen, ob eine andere Rechtsform für den IT-Dienstleister (Neugründung einer GmbH oder Aufgabenerweiterung einer bestehenden städtischen Gesellschaft) nicht zu deutlich effizienteren Ergebnissen führt - z.B. wegen der höheren Flexibilität bei der Personalgewinnung und einfacherer Ausschreibungsverfahren.

3. E-Government

Durch die Digitalisierung wichtiger Verwaltungsverfahren könnte, so ergeben es neuere Studien, ein Einsparpotential im dreistelligen Millionenbereich pro Jahr erschlossen werden. Nicht alle Behördengänge der Bürger/innen sind notwendig, vieles könnte online erledigt werden. Auch die digitale Kooperation mit den Bürger/innen birgt Sparpotentiale – etwa über eine Fixmystreet-App.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) hat schon 2011 in einer Studie festgestellt, dass bei den Kernprozessen einer Verwaltung ein erhebliches Einsparpotential besteht:

„Kommunen bieten Leistungen in einer sehr großen Breite an, eine Großstadt kommt auf insgesamt über 3000 Prozesse (...). Allerdings binden lediglich 10 bis 20 Prozent dieser Prozesse 80 bis 90 Prozent der Personalressourcen in der Kommune. Diese Prozesse sind die Kernprozesse der Kommune. (...) Gleichzeitig bieten rund 70 % dieser Prozesse Optimierungspotenziale durch E-Government. Detaillierte Analysen im Rahmen der Studie haben ein Kosteneinsparpotenzial durch Prozessoptimierung mittels E-Government (...) von 20 bis 40 Prozent identifiziert. Auch wenn diesen noch die konkreten Investitionskosten gegenüber gestellt werden müssen, lassen sich hier mittel- bis langfristig erhebliche Einsparpotenziale absehen.“

(<https://www.kgst.de/themenfelder/informationsmanagement/e-government/effizientes-e-government.dot>)

Bei Personalkosten von 1,7 Mrd. € ergäben sich somit Einsparungen von bis zu 200-400 Mio € p.a.

In einem 2015 veröffentlichten Gutachten im Auftrag des Nationalen Normenkontrollrats der Bundesregierung heißt es „Denn die Digitalisierung der TOP-60-Verwaltungsprozesse birgt ein durchschnittliches Einsparpotential von 34 % der derzeitigen Verwaltungsaufwände.“

(http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Download/2015_11_12_gutachten_egov_2015.pdf?_blob=publicationFile&v=6; S.3). Laut dieser Studie betragen einmalige Investitionskosten für konsequente Digitalisierung/E-Government rund 14 % der laufenden jährlichen IT-Kosten, was bei in München ca. 35 Mio € wären.

Fazit: Mit Investitionen von 35 Mio. einmalig könnte die Stadt jährlich 200-400 Mio € sparen.

Beispiele für konsequentes E-Government gibt es bereits: In der IT-Modellkommune Gütersloh kann man z.B. Gewerbe online an- oder abmelden, es gibt ein Onlinefundbüro und bald ist über ein Bürgerkonto die Ausgabe von Melde- und Aufenthaltsbescheinigungen möglich.

B) Klare Schwerpunkte bei Zukunftsinvestitionen setzen

Laut Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) summieren sich die mittel- und langfristigen Investitionsvorhaben auf bisher rund 6,8 Mrd. € laut Vorlage „Große Vorhaben“ kommen hier noch einmal 11,6 + x Mrd. langfristig dazu.

Zur Unbekannten x gehören allein 3,6 Mrd. der 8,9 Mrd. € Kosten für die Schulbauoffensive, die noch nicht im Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) oder in den „Großen Vorhaben“ enthalten sind. Investitionssumme demnach: rund 22 Mrd. €. Eine Schwerpunktsetzung ist also sinnvoll.

4. Durch Verzicht auf ineffiziente Tunnelprojekte und Realisierung kostengünstigerer Maßnahmen lassen sich mittelfristig 2 Mrd. einsparen

Nach einer häufig verwendeten Faustregel kostet 1 km Fahrradschnellweg ca.1 Mio. €, 1 km Tram ca. 10 Mio. €, 1 km U-Bahn ca. 100 Mio. € - und 1 km Autotunnel bis zu 500 Mio. € – dabei entstünden etwa am Mittleren Ring Kosten von 0,5 Mio. € pro lärmgeschützter Person.

Plan von CSU bzw. SPD	Unsere Alternative	Kostendifferenz
Tunnel Landshuter Allee 600 Mio. €	Alternative Lärmschutzkonzepte zusammen 200 Mio. €	1.160 Mio. €
Tunnel Tegernseer Landstraße 560 Mio. €		
Tunnel Chiemgaustraße 200 Mio. €		
U 9 durch die Innenstadt 1.000 Mio. €	Tram Harras-Münchner Freiheit 100 Mio. €	900 Mio. €
Tunnel Schleißheimer Str. (A99) 200 Mio. €	-	200 Mio. €
SUMME gerundet 2,5 Mrd. €	0,3 Mrd. €	2,2 Mrd. €

Nach genauerer Kostendarstellung durch die Verwaltung (die vorliegende Rechnung ist veraltet) sollte außerdem der Ausbau der S 8-Strecke in Bogenhausen auf den Prüfstand:

Tunnel S 8 Johanneskirchen 1.000 Mio. €	Landschaftsbrücken 200 Mio. €	800 Mio. €
--	----------------------------------	------------

5. Schulbaugesellschaft gründen

Hamburg oder, erst kürzlich, Düsseldorf haben es vorgemacht: Um effizienter, schneller und kostengünstiger bauen zu können, haben sie Schulbaugesellschaften gegründet. Beide Städte geben dazu an, Schulen schneller und kostengünstiger errichten zu können, weil sie nicht mehr den strengen Vergabevorschriften der öffentlichen Hand unterliegen.

(<http://www.wz-newsline.de/lokales/duesseldorf/stadt-duesseldorf-gruendet-externe-schulbaufirma-1.1881809>)

6. Kfz-Stellplätze an Schulen reduzieren und Schulen höher bauen

Der Verzicht auf Tiefgaragen bzw. Parkplätze vor den Schulen vermindert den Platzbedarf und senkt die Kosten. Das gleiche gilt für Höhere Schulbauten, bisher werden Schulen nur zweigeschossig gebaut. Sinnvoll kann es auch sein, mehrere Schulen in einem Gebäude unterzubringen - wie etwa beim geplanten Bildungscampus Freiham.

7. Begrünung bzw. Pausenhof am Dach der Schule anlegen

Dies dient ebenfalls der Reduzierung des Platzbedarfs und erlaubt es, auch an Standorten zu an denen ansonsten zu wenig Außenflächen zur Verfügung stehen.

Wir sehen in diesem großen Investitionsprojekt „Schulbauoffensive“ große Einsparpotentiale durch das Stellen der richtigen Weichen zum richtigen Zeitpunkt (siehe oben). Dafür darf aber nicht an ökologischen pädagogisch sinnvollen Standards (wie z.B. der Energieeffizienz oder dem Lernhauskonzept) gespart werden!